

dobeq

# Entgeltabsenkung, Verzicht auf Sonderzahlungen, Arbeitszeitverlängerung: So kann es keinen Tarifvertrag geben!



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft  
Landesbezirk NRW

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

vor wenigen Tagen hat der Geschäftsführer der dobeq Ihnen geschrieben. Ist es ein Zufall, dass dies sehr kurz vor der Betriebsratswahl geschieht? Wohl kaum.

Es ist **nicht** richtig, dass es keine Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der dobeq gegeben hat. Richtig ist, dass ver.di in vielen Gesprächen, Verhandlungen und mit etlichen Kompromissangeboten seit 2004 versucht hat, eine gute Tarifregelung für **alle!** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der dobeq und der anderen Beschäftigungsgesellschaften der AWO Westliches Westfalen zu finden. Das konnte aber nicht gelingen.

Zur Erinnerung: In den Jahren 2004 und 2005 wurden zunächst Sondierungsgespräche, später Tarifverhandlungen geführt. ver.di hat Sie darüber stets auf dem laufenden gehalten. Ziel der Arbeitgeberseite war und ist es, eine massive Absenkung der Gehälter, den Wegfall der Sonderzuwendungen und eine deutliche Erhöhung der Wochenarbeitszeit zu erreichen. Zudem sollen weiterhin sehr unterschiedliche Arbeitsbedingungen für mindestens 3 Beschäftigtengruppen herrschen. Im Spätsommer 2005 hat ver.di ein letztes Kompromissangebot unterbreitet: Aussetzung der Weihnachtsgeldzahlungen in 2005 und 2006 unter bestimmten Bedingungen. Obwohl die Tarifverhandlungen im September 2005 dann scheiterten, wurde von ver.di erneut ein Sondierungsgespräch im November 2005 geführt. Darin wurde ver.di dann damit überrascht, dass die Vertreter der Arbeitgeberseite, Herr Rechtsanwalt Kettler und der dobeq-Geschäftsführer; Herr Gora, nicht mehr sicher waren, ob sie überhaupt noch ein Verhandlungsmandat für die Beschäftigungsgesellschaften haben. Herr Gora zeigte sich zudem mit dem ver.di-Angebot nach wie vor höchst unzufrieden und machte deutlich, das sei ihm zu wenig „Entgeltkostenabsenkung“. Am 16. Januar 2006, teilte Herr Kettler, jetzt Arbeitgeberverband AWO Deutschland e.V., mit, der AWO Bezirk Westliches Westfalen habe ihm das Verhandlungsmandat entzogen, weil „eine deutliche Entlastung im Entgeltkostenbereich, die über die zweimalige Aussetzung der Sonderzuwendung hinausgeht“ für die Gesellschaften „benötigt“ werde und ver.di dazu nicht bereit sei.

**Während der gesamten Zeit war die Arbeitgeberseite zu keinem Zeitpunkt darüber im unklaren, dass es derart massive Eingriffe in die Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen, wie von ihr gefordert, mit ver.di nicht geben wird!**

Die Auseinandersetzungen haben sich seit Herbst 2005 zunehmend verschärft: Auflösung des bisherigen AWO-Tarifgefüges durch Beschlüsse der AWO-Bundeskonferenz, Kündigung der AWO-Tarifverträge zum 31.12.2006, Terminabsagen seitens der Arbeitgeber auf der Bundesebene und das Scheitern der Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen prägten das Bild. Seit dem 1. April 2006 werden wieder Arbeitsverträge mit mindestens 7% Lohn- und Gehaltsabsenkung an Neueingestellte im AWO-Bereich ausgegeben.

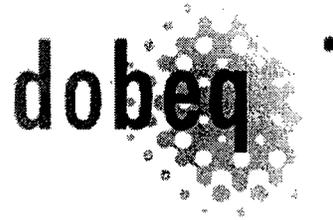
Erklärtes Ziel der AWO ist es offenbar, das gesamte Tarifgefüge vollständig zu zerschlagen, die AWO in viele einzelne (dann schwächere) Tarifsparten (Beschäftigungsgesellschaften, Altenpflegeheime, Kitas, etc.) aufzuteilen, um dann systematisch knallhart Arbeitgeberinteressen durchzusetzen. Dabei gebärden sich einige Geschäftsführer und Arbeitgeberverbandsvertreter wie Konzernmanager ohne soziales Gewissen, aber nicht wie Vertreter eines großen Wohlfahrtsverbandes mit einer langen sozialen Tradition. Nach außen hui, nach innen pfui? Selbst innerhalb der AWO ist dieser Kurs nicht unumstritten. In dieser Situation kann es nirgendwo im Bereich der AWO Tarifverhandlungen geben, ohne dabei zu bedenken, welche Auswirkungen diese Verhandlungen bundesweit haben können. Auch nicht bei der dobeq. Eben weil uns die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen nicht „völlig egal“ sind!

Wer nun glaubt, das Heil liege in der Flucht, es sei richtig, die Arbeitsbedingungen ohne Gewerkschaft und ohne Tarifvertrag zu regeln, jeder müsse nun „seines Glückes Schmied“ sein und es sei an der Zeit, die „sturen“ ver.di-Vertreter/innen in Tarifkommissionen und Betriebsräten beiseite zu räumen, der wird schnell 42 Stunden in der Woche arbeiten und trotzdem kein existenzsicherndes Einkommen erzielen.

**Der Weg zu guten Arbeitsbedingungen und mehr und sicheren Arbeitsplätzen führt über die Solidarität und starke ver.di-Vertreter/innen! Das beweisen die sehr harten Tarifaufeinandersetzungen im öffentlichen Dienst mit wochenlangen Streiks und ersten vernünftigen Tarifabschlüssen.**

**Lassen Sie sich nicht den Sand in den Kopf stecken!**

Eine gute Wahl wünscht Ihnen  
ver.di



Der Geschäftsführer

An die  
Beschäftigten der  
Dobeq Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs-  
und Ausbildungsgesellschaft mbH

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

wie Sie wissen, haben wir uns im vergangenen Jahr intensiv bemüht, einen Tarifvertrag mit ver.di abzuschließen, der trotz des immer schwieriger werdenden Umfelds Arbeitsplätze bei der dobeq erhält.

Als klar war, daß es keine gemeinsame Grundlage für einen Tarifvertrag für alle Qualifizierungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen gibt, hat ver.di die Verhandlungen abgebrochen. Der Arbeitgeberverband AWO hat dann in unserem Namen ver.di am 16. Januar 2006 – also vor den Streiks im öffentlichen Dienst – angeschrieben und die Fortsetzung der Tarifvertragsverhandlungen jedenfalls für die dobeq vorgeschlagen. Auf dieses Angebot haben weder der Arbeitgeberverband noch wir jemals eine Antwort erhalten. Auch eine Nachfrage am 07. März 2006 blieb ohne jedes Ergebnis.

Wir wissen nicht, was ver.di mit einem solchen Vorgehen bezweckt. Für uns ist jedenfalls klar geworden, daß bei ver.di offensichtlich kein Interesse mehr an einem Tarifvertrag für die dobeq besteht und die Arbeitsplätze hier der Gewerkschaft völlig egal sind.

Wir werden weiter versuchen, einen Tarifpartner zur Regelung der Arbeitsbedingungen zu finden und hoffen, daß Sie uns dabei unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Donnerstag, 16.03.2006

## **Bildungsträgern droht ein personeller Aderlass**

Die Dortmunder Bildungslandschaft schlägt Alarm: Bundesagentur für Arbeit und ARGE bevorzugen bei Weiterbildungen etc. die Vergabe von Maßnahmen an billigste Anbieter - und zwar ungeachtet der Qualität. Damit stünden hier hunder-te Arbeitsplätze etablierter Institute auf dem Spiel.

"Wir wehren uns nicht gegen Wettbewerb", so DGB-Vorsitzender Eberhard Weber, "aber er sollte fair und nicht ruinös geführt werden."

"Von 25 Bewerbungen in letzter Zeit sind 20 an nur zwei Bildungsträger gegangen", schimpft der Geschäftsführer der AWo, Andreas Gora. An Billigheimer. Wenn das so weiter gehe, müsse er im September 40 Leute entlassen. Es dürfe nicht sein, dass der AWo zum Nachteil gereiche, dass sie nach Tarif bezahle und auf Qualität achte. Das täte die Konkurrenz nämlich nicht.

Reiner Göpfert von der "dobeq" hat ein Beispiel parat, das die Bandbreite finanzieller Spielräume deutlich macht. Es ging um eine 12 Monate dauernde Maßnahme, 240 Jugendliche fit für einen Berufseinstieg zu machen. Der billigste Anbieter wollte 14 300 Euro dafür haben: 52 Euro für einen Jugendlichen für eine Jahresmaßnahme. Nach Qualität müsse man da nicht mehr fragen. Der teuerste forderte immerhin 241 000 Euro.

Der Verdi-Geschäftsführer Uli Dettmann spricht von einem Hase und Igel-Spiel: Es gebe immer einen, der billiger sei. "Die Spirale nach unten hat eine Geschwindigkeit erreicht, die nicht mehr akzeptabel ist", sagt er. "Wir müssen herausfinden, was rechtlich möglich ist, um Maßnahmen wieder in die Region zurückzuholen", meint auch Andreas Koch, Geschäftsführer von Grünbau.

Die Tricks der Billiganbieter kennt Eberhard Weber gut. Sie könnten oftmals nur so günstig anbieten, weil sie weder eigene Räumlichkeiten noch genügend Personal vorhielten. Es passiere nicht selten, dass sie nach Erhalten des Auftrags durch die Bundesagentur bei den etablierten Bildungsträgern nachfragten, um an Räume und Personal zu kommen - zum halben Preis natürlich.

Inzwischen habe man die Bundestagsabgeordneten und den OB als Gesellschafter der ARGE mit der Gefahr drohenden Arbeitsplatzabbaus konfrontiert. Die Arbeitsagentur versorgt sich selbst mit Kundschaft - mit Maßnahmen, die Menschen eigentlich in Arbeit bringen sollen. Das ist der Vorwurf, den der Gewerkschaftsbund und Verdi den Verwaltern der Arbeitslosigkeit in Nürnberg im Grunde machen. (dib)

16.03.2006

# Widerstand gegen Vergabep Praxis

SPD-Fraktion setzt sich für Qualität örtlicher Träger ein.  
Strukturen bei Qualifizierungsmaßnahmen erhalten

Die Vergabep Praxis der Bundesagentur für Arbeit bei Ausschreibungen von Qualifizierungsmaßnahmen stößt auf immer mehr Widerstand. Die SPD-Fraktion will das Thema im Sozialausschuss behandeln. Die Fachfraktion erfuhr bei einem Besuch im neuen Qualifizierungszentrum der Arbeiterwohlfahrt (AWO), dass die Träger den Verlust von mehreren hundert Arbeitsplätzen befürchten, wenn die Regionalen Einkaufszentren weiterhin an den lokalen Anbietern vorbei, Maßnahmen an im gesamten Bundesgebiet tätige Großanbieter vergeben (WAZ berichtete). Diese Anbieter bezahlen ihre Kräfte weiter unter Tarif.

Reinhold Giese, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, betont, dass es nicht angehen kann, wenn der Bieter mit dem niedrigsten Gebot den Zuschlag bekommt und nicht der, der das beste Angebot macht. „Nicht nur der Preis, sondern insbesondere die Qualität der Beschäftigungsmaßnahmen muss stimmen. Die Schulungen arbeitsloser Menschen

sollen ihnen schließlich etwas bringen. Es kann nicht sein, dass Dortmunder Bildungsträger ihre angestellten Mitarbeiter entlassen müssen und die dann bei Lohndumper eingestellt werden.“ Die SPD lehne eine Konzentration auf Billiganbieter konsequent ab.

Und die freien Träger der Wohlfahrtspflege haben Gewicht als Arbeitgeber in der Stadt. Im Branchenbericht der Wirtschaftsförderung, der bald veröffentlicht wird, sind die Wohlfahrtsverbände erstmals enthalten. Und zur Verwunderung der Verfasser sind bei den sechs großen Verbänden und einigen kleinen immerhin 13 221 Menschen beschäftigt. 580 von ihnen in den Bereichen Beschäftigung und Qualifizierung. Für sie geht es

um ihre Existenz.

Anne Rabenschlag, Geschäftsführerin der Diakonie und im Vorstand der Interessengemeinschaft sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen (ISB), wundert sich über die vorgegebenen Kriterien der staatlichen Behörde. „Die Beschäftigten dort werden nach festgelegten Tarifen bezahlt, aber von den Trägern erwarten sie Lohndumping, um den Ausschreibungskriterien gerecht zu werden und schaffen sich so ihre Kundschaft selbst.“ Mittlerweile drängt sich allen in diesem Bereich tätigen ein Verdacht auf, der bisher auch nicht von Vertretern der Bundesagentur oder ARGE zerstreut werden konnte. „Diese Billiganbieter gewinnen die Ausschreibungen, bis der Markt bereinigt ist. Wenn die örtlichen Trägerstrukturen zerstört sind und die Konkurrenz weg ist, gehen sie mit den Preisen in die Höhe“, so Andreas Gora, Geschäftsführer der AWO. Noch hoffen die örtlichen Träger auf Unterstützung von Politik und Gewerkschaften. **bam**

## Qualifizierung

Das Qualifizierungszentrum der AWO ist erst im letzten Jahr für 1,4 Millionen Euro mit öffentlichen Mitteln umgebaut worden. 130 Teilnehmer werden dort betreut.

Überregionale „Billiganbieter“ - AWO-Geschäftsführer Andreas Gora sieht 600 Stellen in Gefahr

# Preiskampf: Qualifizierer in der Krise

Von Peter Ring

Die „dobeq“, das Qualifizierungszentrum der AWO, steckt in der Krise. Wenn sich an der Vergabep Praxis für Maßnahmen der ARGE und Arbeitsagentur nichts ändere, müssen sich die Qualifizierer von heute schon bald selbst nach neuen Jobs umsehen.

AWO-Geschäftsführer Andreas Gora sprach gestern Klar-text: Erst im letzten Jahr sei mit Mitteln des Bundes, Landes und der Stadt das Qualifizierungszentrum an der Gneisenaustraße umgebaut worden, um Arbeitslosen hochwertige Angebote machen zu können. Jetzt folge die nüchterne Erkenntnis, dass die Angebote nicht mehr nachgefragt werden.

ARGE und Arbeitsagentur, Hauptvermittler der Maßnahmen im Rahmen der Hartz-Regelungen, würden die Aufträge „nach Nürnberger Standards“ vergeben“, so Gora. Konkret liege die AWO, respektive ihre Tochter „dobeq“, im Wettbewerb mit überregionalen Anbietern - „selbst bei noch so großen Umstrukturierungen und Einsparungen - gegen die haben wir keine Chance“, so Gora. Nicht, weil die „dobeq“-Konzepte nicht



Qualifizierung mit Qualität: Nadine Weigelt und Rahima Darssi mit Lehrerin Mirja Düwel von der „dobeq“.

(WR-Bild: Franz Luthe)

erfolgsversprechend seien, einige wurden sogar ausgezeichnet, sondern schlicht, weil die überregionalen Träger mit günstigeren Preisen lockten: „Manche liegen bei nur einem Fünftel der AWO-Preise“, so Gora, der solche Billigangebote nur damit erklären kann, dass die überregionalen Qualifizierer „untertariflich bezahlen“. Die Qualität der Angebote vielleicht

nicht so hoch angesetzt werde. Konsequenz des Preiskampfes für die Dortmunder Träger: Die rund 600 bei Dortmunder Trägern beschäftigten Qualifizierer „müssen über kurz oder lang damit rechnen, ihre Jobs zu verlieren“, so Gora, „den Verdrängungswettbewerb stehen wir nicht durch.“ Da kann „dobeq“-Geschäftsführer Heinz Feuerborn nur zustimmen.

112 Schullungsplätze, zum Beispiel im Bereich EDV habe die „dobeq“ zu bieten. Aber: Ob ARGE oder Arbeitsagentur - „wir bekommen keine Maßnahmen mehr, nur noch Absagen, unser Angebot sei nicht wirtschaftlich genug.“ Im schlimmsten Falle, fürchtet Feuerborn, halbiere sich die Belegschaft der „dobeq“ ab September. Bei 31 Mitarbeitern Überhang sei

ein „personeller Kahlschlag“ nicht auszuschließen. In einem Brief an Bundestagsmitglied Klaus Brandner, Ausschuss für Arbeit und Soziales, hat die AWO ihre Not auf den Punkt gebracht.

Die SPD im Sozial-Ausschuss will die lokalen Träger stärken. Reinhold Giese spricht sich für stärkere Qualitätskontrolle aus. Gute Qualität habe nunmal ihren Preis.

# Träger fürchten um ihren Bestand

Bei bundeseinheitlichen Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit bekommen zunehmend überregionale Billiganbieter den Zuschlag. Qualität der Mitarbeiter und langjährige Arbeit spielen keine Rolle mehr

„Wir fragen uns, was Qualität eigentlich noch wert ist“, beschreibt Gunter Niermann, geschäftsführender Vorstand der Stadtteilschule, die Stimmung im Team. Kein Wunder, denn sechs von acht Mitarbeitern im Bereich ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) droht die Kündigung. Die Situation ist bei weiteren drei Trägern ähnlich. Sie haben sich Ende der 90er Jahre zusammengetan, um durch gemeinsame Fortbildungen und Abstimmung der Qualitätsstandards spezifische Angebote für die Jugendlichen zu entwickeln. Die Abbruchquoten sind gering, die Prüfungserfolge besser als früher und die Zusammenarbeit mit Berufskollegs und Betrieben ist erfolgreich. Das alles droht nun, zerstört zu werden.

Am 27. März werden von den Regionalen Einkaufszentren wieder für 386 Auszubildende ausbildungsbegleitende Hilfen bundeseinheitlich ausgeschrieben. „So wie es aussieht, werden wir leer ausgehen“, sieht auch Heinz Feuerborn, stellvertretender Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt (AWO) skeptisch in die Zukunft. Denn, so die übereinstimmende Einschätzung auch des ESTA-Bildungswerkes und der Außerbetrieblichen Ausbildungsstätte der Handwerkskammer: „Wir sind zu teuer.“ Die Dortmunder Träger bezahlen Lehrer, Sozialarbeiter oder Meister teilweise schon unter Tarif, nach freiwilligem Lohnverzicht. Überregionale Anbieter stellen Mitarbeiter für 1600 bis

1800 brutto ein. „Das sind Sätze, die unterhalb der ALG II-Bedarfssätze für eine Familie mit Kind liegen“, rechnet Feuerborn vor. Doch diese Anbieter bekommen den Zuschlag.

Das ESTA-Bildungswerk hat deshalb die Konsequenzen gezogen. „Wir bieten nicht

## Billiganbieter mit hoher Fluktuation beim Personal

mehr mit und schließen den Bereich“, sagt Kompetenzentrumsleiterin Marita Müller. Noch kümmern sich acht Mitarbeiter um 124 Teilnehmer. „Das ist ja nicht nur der Unterricht. Wir gehen in die Betriebe, wenn etwas schief läuft und machen Hausbesu-

che“, erläutert sie. „Es kostet Zeit und intensiven Personaleinsatz, um Vertrauen aufzubauen. Wie soll das bei Billiganbietern mit hoher Personalfuktuation gelingen?“

Die AWO hat in einem Brief an Klaus Brandner, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, darauf hingewiesen, dass nicht nur hochqualifizierte Mitarbeiter auf der Strecke bleiben, die wieder bei der Agentur für Arbeit als „Kunden“ landen. „Die örtlichen Agenturen haben keinen Einfluss auf die Vergabepaxis. Die wichtigsten Auswahlkriterien, die Qualität, die guten Kontakte zu Arbeitgebern, finden keine Berücksichtigung.“ Um eine weitere Konzentration auf wenige bundesweit tätige Anbie-

ter zu verhindern, fordern sie seine Intervention. Den Versuch wird es nächste Woche bei einem Gespräch mit dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit in Berlin geben. Auch Bundestagsabgeordneter Marco Bülow ist dabei. **bam**

## Bundesweit

**Seit Einführung** von Hartz IV gibt es die bundesweit einheitlichen Ausschreibungen für Anbieter. Die Ausschreibung gilt für drei Jahre. Nach einem Jahr wird die Option auf Verlängerung gezogen. Entschieden wird von Regionalen Einkaufszentren, etwa in Düsseldorf für Dortmund, wer den Zuschlag bekommt.

An die Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter der dobeq!

## Der Geschäftsführer

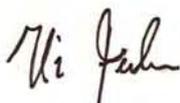
Seit dem Scheitern der Tarifverhandlungen für die Beschäftigungsgesellschaften der AWO im Bezirk Westliches Westfalen im Sommer 2005 haben wir ver.di immer wieder aufgefordert, Verhandlung für einen Haustarifvertrag "dobeq" aufzunehmen. Unser Schreiben vom 16. Jan. 2006 und mündliche Nachfragen blieben bis heute unbeantwortet. Stattdessen müssen wir feststellen, dass ver.di in Flugblättern verkündet, die g.gmbH's als Mitglieder im Arbeitgeberverband mitzuverhandeln.

Wir können auf keinen Fall einen Tarifvertrag akzeptieren, der sich im wesentlichen an vorhandenen AWO-Strukturen orientiert. Dies hätte für den Kernbereich der dobeq katastrophale Folgen. Allein in den letzten beiden Jahren sind uns bei Ausschreibungen 15 Vollzeit-Stellen verloren gegangen. Die Identität der dobeq verändert sich, Kompetenzverlust in Kernbereichen ist schon eingetreten, und die Konkurrenz schläft nicht! . Die Gewerkschaft und die MitarbeiterInnenvertretung warten statt zu verhandeln auf eine wirtschaftliche Notlage der dobeq. Rückwärtsgewandtes Beharren auf überholten Strukturen gefährdet weitere Arbeitsplätze und wird dann unweigerlich zur Notlage führen. An der Erfolgsgeschichte "dobeq" haben viele mitgewirkt. Allerdings müssen wir mit zunehmender Bitterkeit feststellen, dass ein Grundkonsens über die Zukunftsfähigkeit der dobeq nicht mehr herzustellen ist.

Aus vorgenannten Gründen lassen wir unsere Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ruhen, bis ver.di an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

Wie war noch das Motto Jubiläum 2003: Auf die Zukunft-dobeq-los! Möge der "alte" dobeq-Geist uns beflügeln – und nicht vergessen, nächstes Jahr werden wir 10!

Heinz Feuerborn



Rainer Goepfert





ver.di hat der Arbeitgeberseite mehrfach deutlich gemacht, dass die geforderten Tabellenabsenkungen und die Streichung des Urlaubsgeldes keine Verhandlungsbasis sind.

Das geforderte Absenkungsvolumen der Arbeitgeberseite übersteigt bei weitem den Rahmen von Notlagentarifverträgen, die in begründeten Fällen bei insolvenzgefährdeten Unternehmen verhandelt werden, wobei ver.di nach Prüfung der Bilanzen eindeutig feststellen muss:

## In den Gesellschaften gibt es keine wirtschaftlichen Notlagen!

Welche Auswirkungen ein tarifloser Zustand für die Beschäftigten haben kann, zeigen die neuesten Geschäftspraktiken der dobeq: Beschäftigte, die ein befristetes Arbeitsverhältnis haben, werden nach dessen Auslaufen ohne tarifliche Bindung zu wesentlich schlechteren Bedingungen bei der GAD eingestellt und per Gestellungsvertrag an die dobeq ausgeliehen.

## Wir sind nach wie vor gesprächsbereit und hoffen, dass die Arbeitgeberseite zur Vernunft kommt und einlenkt!



### Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab:

\_\_\_\_\_ Monat/Jahr

**Persönliche Daten:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

**Beschäftigungsdaten**

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamter/in  DO-Angestellte/r

Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstnd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/in-

Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Abt.) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Wirtschafts-/Geschäftszweig ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

ich bin Meister/in-Techniker/in-  
Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr

**Einzugsermächtigung:**

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

monatlich  halbjährlich

vierteljährlich  jährlich

einanzuziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (ON) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_

Euro \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag**

Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

**Datenschutz**

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Werber/in:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

W:1978-11-03/04

V.i.S.d.P.: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Judith Rösch, Fachbereich 3 „Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“, Landesbezirk NRW, Karlstr. 123 - 127, 40210 Düsseldorf

# „...dann sind wir gezwungen zu entlassen“

Von Sven Frohwein

**Westfalen.** Das Trainotel in Siegen ist eine Einrichtung, deren Weiterbildungsstandards in den Bereichen Hotel und Gastronomie weit über die Grenzen der Stadt bekannt und geschätzt sind. Doch die Zahl derer, die sich dort zu Hotel- und Restaurantfachleuten oder aber zu Köchen umschulen lassen, geht drastisch zurück. Die Folge: Erste Ausbilder verlassen die Einrichtung, bewerben sich bei anderen Anbietern.

Susanne Heun, Leiterin der Deutschen Angestellten-Akademie in Siegen, Trägerin des Trainotels, sieht die Rückgänge - immerhin 50 Prozent - mit Sorge. „Wir konnten eine Vermittlungsquote von 80 Prozent vorweisen, doch das zählt wohl nicht mehr“, übt Heun Kritik an der Vergabepraxis der Arbeitsagentur. Die Qualität der Ausbildung bleibe bei den Dumping-Angeboten der Konkurrenz, die verstärkt auf den Maßnahmen-Markt drängt, auf der Strecke. „Und uns wirft man vor, wir hätten keine Marktkenntnis vor Ort, obwohl wir seit 1956 in Siegen ansässig sind“, erbst sich Heun.

Eine Situation, die auch Heinz Feuerborn bestätigen kann. „Wir werden von großen Trägern attackiert, die Preise anbieten, die zur Hälfte unter unseren liegen“, klagt der Geschäftsführer der Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq), einer Tochter der Arbeiterwohlfahrt. Gerade bei den ausbildungsbegleitenden Maßnahmen könne die dobeq auf sehr gute Kontakte zu den Berufskollegs setzen, doch die seien bei den Bewerbungen auf die Ausschreibungen anscheinend nicht berücksichtigt worden. Feuerborn schätzt, dass gerade im Bereich der Ausbildungsbegleitung zehn Vollzeitstellen bei der dobeq wegfallen werden. „Zurzeit haben wir 100 hochqualifizierte Dozenten, doch wenn wir weitere Ausschreibungen verlieren, bin ich gezwungen, zu entlassen.“ Zudem würde es im nächsten Jahr für Dortmund Träger sehr schwer, sich bei den Ausschreibungen durchzusetzen.

Einige Einrichtungen haben bereits kurz nach Änderung der Vergabepraxis durch die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2002 erkannt, dass sie diesem immer größer werdenden Konkurrenzdruck nicht

standhalten können, und ihren Fokus auf andere Maßnahmen gelenkt - wie etwa die Hagener Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Gesellschaft Werkhof. „Normale Träger, die Qualität anbieten wollen, können da nicht mehr mithalten“, erklärt Marion Stahl. Der Werkhof habe auf Ein-Euro-Jobber umgeschwenkt, eine Weiterbildung zu Mediengestaltern für Bild & Ton sei mittlerweile eingestellt worden.

Bei der Regionaldirektion der Arbeitsagentur in Düsseldorf wollen die Verantwortlichen den Vorwurf mangelnder Qualität überregionaler Anbieter nicht gelten lassen. „Wir bewerten die eingereichten Bewerbungen einzelner



50 % weniger Teilnehmer: das Siegener Trainotel. (ng)

Träger anhand einer vorgegebenen Matrix“, erklärt Wolfgang Dräger vom Regionalen Einkauf der Düsseldorfer Agentur. „Wenn jemand den Zuschlag erhalten hat und die versprochene Qualität nicht liefern oder aber die Maßnahme überhaupt nicht durchführen kann, dann drohen ihm empfindliche Vertragsstrafen.“ Trotzdem sei nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Vergabe auch der Preis eine Rolle spiele. „Wir wollen natürlich auch einen effizienteren Mitteleinsatz“, verdeutlicht Dräger. Und dieser Mitteleinsatz zeigt auch Auswirkungen auf die Gesamtzahl angebotener Weiterbildungen. So verzeichneten die Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe bei den Qualifizierungen einen Rückgang von immerhin 20 Prozent.

## Vor die Hunde

Das Dilemma scheint offensichtlich: Die Arbeitsagenturen sind durch leere öffentliche Kassen zum Sparen verurteilt und können durch die Änderung ihrer Vergabepraxis bei der Weiterbildung viel Geld sparen. Doch etablierte Bildungsträger sind bedroht, weil sie dem Druck überregionaler Konkurrenz nicht standhalten können. Hinzu kommt die Furcht vor einem dramatischen Qualitätsverlust.

Diese Angst scheint berechtigt: Es ist nur schwer nachvollziehbar, wie es Trägern gelingen soll, identische Qualität zu einem vielfach günstigeren Kurs anzubieten. Preissenkungen lassen sich nicht nur dadurch erzielen, dass etwa weniger Geld für neue PC ausgegeben oder aber eine Mengebare Münze durch günstigere Mieten eingespart wird. Nein, weniger Kosten lassen sich im Bildungssektor nur dann erreichen, wenn derjenige, der sein Wissen weiter-

gibt, weniger für seine Arbeit bekommt. Und wenn ein Träger nicht dazu bereit ist, Dozenten vernünftig zu entlohnen, werden vor allem jene, die über Qualifikation und Erfahrung verfügen, sich umorientieren.

Ein weiterer Aspekt bleibt bei der aktuellen Vergabepraxis ebenfalls unbeachtet. Regionale Anbieter verfügen meist über beste Kontakte zur heimischen Wirtschaft. Da kann ein Träger, der aus mehreren Hundert Kilometern Angebote unterbreitet, nicht mithalten.

Die Leidtragenden sind all jene, die sowieso schon am unteren Ende der Qualifikationsskala stehen: Langzeitarbeitslose und junge Menschen mit geringer Schulbildung. Die Gefahr, dass ein bewährtes System durch allzu ausgeprägten Sparsinn vor die Hunde geht, ist da nur ein weiterer negativer Effekt.

Sven Frohwein

WR

05.08.05

# Träger kämpfen um ihr Überleben

Bei Ausschreibungspraxis der Bundesagentur haben überregionale Anbieter die Nase vorn – Angebote für berufliche Bildung ohne tarifliche Bezahlung viel günstiger – Lokale Strukturen in Gefahr

Von B. Merten-Kemper.

Die Bundesagentur für Arbeit hat die Ausschreibungen für Bildungsmaßnahmen verändert. Besonders betroffen sind Träger, die sich um benachteiligte Jugendliche kümmern.

Die dobeq, Beschäftigungsgesellschaft der Arbeiterwohlfahrt, trifft es richtig hart. „Wir haben erstmals 59 Plätze für die außerbetriebliche Ausbildung nicht gewonnen“, erläutert Geschäftsführer Reiner Goepfert. Für die Jugendlichen, die jetzt schon in Berufsvorbereitungen oder in kombinierten Ausbildungen sind, bedeutet das erst einmal keine Änderung. Für elf ihrer Ausbilder heißt das Versetzung. „Noch können wir sie innerhalb der AWO unterbringen. Aber schon im nächsten Frühjahr könnte es kritisch werden“, ergänzt Heinz Feuerborn, der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende.

Dann, wenn die AWO bei einer erneuten Ausschreibung wieder leer ausgeht. Und das geht schneller als gedacht. „Schon ein Formfehler reicht, um aus dem Bewerbungsverfahren beim Regionalen Einkaufszentrum rauszufallen“, erläutert Goepfert. Um solche



In der außerbetrieblichen Ausbildung bei der RAG-Bildung können Jugendliche ausprobieren, welcher Beruf ihnen liegt, und werden dann in der Ausbildung intensiv betreut. Ohne die Begleitung hätten viele keine Chance, die Lehre zu beenden. Auch die RAG-Bildung hat 130 Maßnahme-Plätze nicht bekommen. Sie kann aber die Mitarbeiter auf andere Standorte umsetzen.

WAZ-Bilder: Franz Meinert

## Ausschreibung fördert sinnlose Verschwendung

Die Gewerkschaften schlagen Alarm. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Jugendsozialarbeit ebenfalls. In der Kritik steht die zentrale Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit zu Maßnahmen der Jugendberufshilfe. Die BAG, ein Zusammenschluss von Mitgliedsorganisationen der Jugendsozialarbeit, meint: „Die Einsparungen der Bundesagentur für die jugendspezifischen Maßnahmen werden auf Kosten von Trägerstrukturen und der Qualität der Arbeit für die Jugendlichen erkaufte. Sie führen nicht zu Einsparungen, sondern im Gegenteil zu einer sinnlosen Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen.“ Die Praxis beraube die Träger und deren Mitarbeiter jeglicher Planungssicherheit. Zudem erfordere allein die Beteiligung an Ausschreibungen einen Zeit- und Personalaufwand, den insbesondere kleinere Träger nicht zu leisten vermögen. Es entstehe eine Kostexplosion, weil Träger in kurzer Zeit Werkstätten anmieten, Mitarbeiter einsteilen und Kooperationsstrukturen aufbauen müssten. Unter Umständen müssten die Standorte nach einem Jahr wieder aufgegeben werden.

In Dortmund richten sich deshalb die Träger, allen voran die dobeq, auf einen Überlebenskampf ein. Noch ist unklar, ob der zu gewinnen ist. Wenn, dann nur mit massiven Lohnkürzungen für die Mitarbeiter. *Siehe 2. Seite*

Klippen auf über 100 Seiten Formular zu überwinden, gibt es mittlerweile Anbieter, die Spezialisten damit betrauen. „Bildungsindustrie“ nennen das nicht nur die AWO-Experten, die in gewisser Weise Verständnis für die veränderte Ausschreibungspraxis haben. „Hintergrund für die Änderung war das Dilemma der Nähe zwischen den Anbietern und den örtlichen Agenturen für Arbeit aufzubrechen“, so Feuerborn. „Die Zusammenarbeit war gut, weil wir gute Arbeit geleistet haben, aber es gab keine Absprachen.“

Sowohl die dobeq, als auch die RAG-Bildung, die bei Maßnahmen für 130 Plätze nicht landen konnte, bilden seit Jahren Jugendliche aus, die nur durch intensive Betreuung auf eine Ausbildung vorbereitet werden können und sie mit Begleitung auch erfolgreich beenden. „Wir haben nicht nur die dafür qualifizierten Mitarbeiter, sondern auch bei einer kombinierten Ausbildung gute Kontakte zu den Ausbildungsbetrieben entwickelt“, erklärt Goepfert, der sich fragt, wie das ein Anbieter aus Ostwestfalen, der noch nie

in Dortmund gearbeitet hat, gewährleisten will.

Andreas Gora, Geschäftsführer des AWO-Unterbezirks wird ganz deutlich: „Gegen organisierte Weiterbildungssträger, die mit freien Mitarbeitern, zumeist ohne tarifliche Bindung arbeiten und zu Preisen anbieten, die zwischen 30 und 40 Prozent unter unseren Angeboten liegen, haben wir keine Chance mehr.“

Gora geht es bei dem ruinösen Preiskampf, der zwischen lokalen und überregionalen

Anbietern tobt, um mehr als nur das Überleben der dobeq. „Wir haben in Dortmund mit Anbietern wie der Kreishandwerkerschaft, der RAG-Bildung oder den Sozialgewerblichen Initiativen ein Netzwerk aufgebaut, in dem inzwischen fast tausend hoch qualifizierte Beschäftigte arbeitsteilig tätig sind und bestens kooperieren.“ Gora: „Wenn dieses Netz zusammenbricht, baut das keinen wieder auf.“

So sieht es auch Andreas Koch vom Vorstand der Inte-

ressengemeinschaft Sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen (ISB). „Wettbewerb ist in Ordnung, aber es müssen faire Bedingungen herrschen. Und da habe ich meine Zweifel.“ Denn es müsse berücksichtigt werden, dass Anbieter Räume und tariflich bezahlte Mitarbeiter vorhielten, die über Jahre hinweg Kontakte aufbauten und pflegten. Doch in den Ausschreibungen sei nur vermerkt, dass bis vier Wochen vor Maßnahmebeginn Räume zur Verfügung

stehen müssen. Was in Dortmund und umliegenden Städten schon dazu führte, dass die „Gewinner“ bei den Ausgeböten anfragten, ob sie nicht Räume zu vermieten hätten. Hatten sie nicht. In einem anderen Fall wurde den gerade gekündigten Mitarbeitern ein Angebot gemacht. 1200 Euro brutto sollte ein ausgebildeter Lehrer oder Sozialpädagoge verdienen. Normal liegt der Tarif bei rund 3200 Euro.

Das Regionale Einkaufszentrum in Düsseldorf ist zuständig für die Ausschreibung und Vergabe. Der stellvertretende Leiter, Wolfgang Dräger, hält die Kritik der lokalen Anbieter für nicht gerechtfertigt. „Die Qualität der Anbieter wird auf jeden Fall überprüft. Uns kommt es nicht nur auf den Preis an, der Quotient zur Errechnung berücksichtigt ja auch andere Kriterien.“ So werde auch vor Ort geprüft und falls die Auflagen nicht erfüllt seien, ergehe eine Vertragsstrafe oder die Maßnahme werde anderweitig vergeben. Gerade ein neuer Anbieter müsse sich beweisen. „Wir wollen auf keinen Fall die Qualität auf dem Rücken der Jugendlichen senken.“



Reiner Goepfert sieht schwarz nicht nur für die Zukunft der dobeq.

### Ein Netzwerk

Die ISB, Interessengemeinschaft sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen, ist ein Netzwerk mit insgesamt 20 Trägern. Dazu gehören GrünBau und Diakonie ebenso wie Caritas oder dobeq. Sie schließen sich in unterschiedlichen Kooperationen zusammen, um sich für Maßnahmen der Berufsvorbereitung, der Ausbildung oder Ausbildungsbegleitender Hilfen zu bewerben.



Heinz Feuerborn fordert faire Bedingungen bei der Ausschreibung.

Billig-Lösung kostet Arbeitsplätze

# Auszubildende werden im Stich gelassen

**Unna. (wig) „Ausbildungs-**begleitende Hilfen“ sind in der Region ein bewährtes Mittel, Jugendliche auf dem mitunter schwierigen Weg zum Berufsabschluss zu unterstützen. Jetzt werden die seit Jahren erfolgreich agierenden Träger – Werkstatt im Kreis Unna, Diakonie, Kreis-handwerkerschaft und Jugendheimstättenwerk – ausgebootet. Die Folge: 24 Lehrer und Sozialpädagogen werden arbeitslos, 396 Auszubildende müssen auf ihre gewohnten Helfer verzichten.

Zwar soll es auch in Zukunft das Angebot Ausbildungsbegleitender Hilfen (AbH) geben – allerdings nicht mehr im bisherigen Umfang und vor allem nicht mehr durch die seit 16 Jahren bewährte lokale Arbeitsgemeinschaft der Träger. Das AbH-Angebot wird inzwischen von der Bundesagentur für Arbeit ausgeschrieben – den Zuschlag erhält der billigste Bieter, und das war in diesem Jahr ein Paderborner Unternehmen.

Und das kann eigentlich nur mit unseriösen Methoden arbeiten, erklärte Werkstatt-Chef Herbert Dörmann gestern. Angesichts der Vergütung, für die der neue AbH-Träger jetzt im Kreis Unna die Hilfen anbieten will. Gerade mal 124,80 € pro Teilnehmer im Monat – zu diesem Kostensatz will das Paderborner Unternehmen arbeiten. Allein die Entlohnung des vorgeschriebenen Personals – und

das auch schon bei einem 30-prozentigen Einkommensverzicht – führt zu Kosten von 147,30 € pro Teilnehmer und Monat, rechnete Dörmann vor. Nicht einmal inbegriffen in diesem Preis sei der Aufwand für Räume und Arbeitsmaterialien. Für 124,80 € pro Teilnehmer zu arbeiten könne nur bedeuten, dass die Mitarbeitern nicht mal ansatzweise angemessen entlohnt werden könnten.

Genauso schlimm wie für die betroffenen Lehrer und Sozialpädagogen sei der Wechsel zum Billig-Träger für viele Auszubildende, betonte Dörmann. „Sie müssen sich ab Herbst auf völlig neue Ansprechpartner einstellen und ganz umorientieren.“ Die Kontakte der bisherigen Betreuer zu Berufsschulen, Betrieben und Beratungsstellen gingen verloren. Dass die hohe Erfolgsquote – 97 % der per AbH betreuten Jugendlichen bestanden bisher ihre Abschlussprüfungen – gehalten werden könne, sei ausgeschlossen.

Volkswirtschaftlich und menschlich eine Katastrophe, betont Diakoniepfarrer Hans Höroldt: „Die Jugendlichen haben alles getan, was von ihnen erwartet wird, und werden dann im Stich gelassen.“ Unsinnig sei das auch vor dem Hintergrund, dass die Ausbildungsstellen – in denen die Jugendlichen dann möglicherweise scheiterten – mit großem Aufwand eingerichtet worden seien.

## Kommentar

Es passt zu der billigen Polemik, mit der heute Wahlkämpfe geführt werden, pädagogische Leistungen möglichst billig einkaufen zu wollen. Die Bundesagentur für Arbeit – so sieht es Herbert Dörmann – verhält sich da wie ein Konzern. Wie ein Industrieunternehmen, das seine Zulieferer zu immer groteskeren Preisen zwingt. Was dabei heraus kommt, ist eben Marktwirtschaft pur – und die scheint mehr denn je angesagt. Spätestens aber wenn das reine Marktprinzip auch in der Bildung greift, entfaltet es zerstörerische Kraft. Wer junge Menschen an ihrer

Leistungsgrenze allein lässt, schafft neue Sozialprobleme und verspielt die Entwicklung von „Know-how“, das zu bewahren unsere Wirtschaftsförderer längst als einzige Zukunftschance der Region erkannt haben. Fatal ist indes, dass der Hinweis auf langfristige Wirkungen politisch kaum noch jemanden beeindruckt. Nur um schnelle Erfolge geht es – sei es an der Börse oder in der Arbeitslosenstatistik. Wenn der Trugschluss solcher Bewertungen offensichtlich wird, könnte es für eine Wende zur Vernunft zu spät sein.

Werner Wiggermann

WA2

04.08.05

## **AWO und Verdi streiten um Lohnkürzung**

Noch holen beide Seiten die schweren Geschütze nicht heraus. Aber Verdi-Verhandlungsführerin Judith Rösch kündigt an: „Irgendwann ist bei uns mal Schluss.“ Das könnte nach Abschluss der Erklärungsfrist am 31. August sein. Das aber möchte die AWO verhindern, die mit Verdi seit Monaten über eine Absenkung der Löhne in den vier Beschäftigungsgesellschaften im Bezirk verhandelt. Betroffen sind rund 100 Mitarbeiter. Anfangs stand eine Lohnabsenkung in Höhe von 18 Prozent. „Das ist nicht wenig, aber um den Fortbestand zu sichern, ist eine Absenkung mindestens im zweistelligen Bereich nötig“, erläutert der stellvertretende Unterbezirksgeschäftsführer Heinz Feuerborn. Denn, so Feuerborn, die dobeq sei bei Ausschreibungen nicht mehr konkurrenzfähig. „Die qualifizierten und langfristig bei uns beschäftigten Mitarbeiter sind teuer. Wir haben immer irgendwie Löcher gestopft, und das geht jetzt nicht mehr.“ Ziel ist es in einen anderen Tarifvertrag aufgenommen zu werden, der eine geringere Bezahlung ermöglicht. Seit 1. April werden Neueinstellungen nur noch mit Einzelverträgen vorgenommen. Dagegen wehrt sich der Betriebsrat.

Und für Verdi sind die Forderungen so nicht akzeptabel. „Es geht nicht an, den Druck, den die Politik macht, auf die Mitarbeiter abzuwälzen“, betont Judith Rösch. Deshalb ist das Angebot der Gewerkschaft: Verzicht auf Weihnachtsgeld, das in einen Topf eingezahlt wird. Jährlich wird die wirtschaftliche Lage von einem Ausschuss überprüft. „Ist die Lage nicht dramatisch, Insolvenz würde als solches gewertet, muss das Geld ausgezahlt werden.“ Noch ist keine Einigung in Sicht. **bam**

AWO-Profil

Nr. 22

# Qualität hat ihren Preis

Dortmund

3/2005

## Das Beste ist gerade gut genug für Arbeitslose

### Keine Zeit, das Geld auszugeben

**Die Großen fressen die Kleinen: Das scheint das eherne Gesetz des Kapitalismus zu sein. Dieses Prinzip scheint jetzt auch nicht mehr vor einem Bereich des Zusammenlebens halt zu machen, in dem man sich frühkapitalistische Verdrängungsmethoden eigentlich nicht vorstellen konnte: die Bildung.**

Es geht um die berufliche Qualifizierung und Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und Arbeitslose. Trotz der Lippenbekenntnisse von Politikern, Bildung sei Deutschlands größter Standortvorteil und müsse deshalb gezielt gefördert werden, geschieht zur Zeit genau das Entgegengesetzte. In NRW räumen große Unternehmen in den jahrelang sorgsam aufgebauten Strukturen der regionalen Bildungsträger.

Das Schema ist überall das gleiche. Die Agentur für Arbeit schreibt eine Bildungsmaßnahme aus, das überregionale Unternehmen unterbietet die Mitbewerber mit Dumpingpreisen. Zurück bleiben Trümmer: Die örtlichen Bildungsträger müssen umschichten, reduzieren, entlassen.

Ob der große Konkurrent wirklich die Qualität liefern kann, die verlangt ist, ist bei den bis zur Hälfte reduzierten Preisen fraglich. Fachleute können sich das kaum vorstellen. Wenn die sich überall ausbreitende „Bildungsindustrie“ mit Gehältern von etwa 1500 Euro für ihre Mitarbeiter kalkuliert, darf man nicht allzu viel

professionelles Know-how erwarten. Der Tarif, den die lokalen Bildungsträger zahlen, liegt beim Doppelten.

Oder denkt man beim überregionalem Bildungsdiscounter schon weiter? Wenn im Zuge der Monopolisierung erst mal massenhaft Ausbilder und Lehrer freigesetzt werden, kann man sich natürlich auf dem Arbeitsmarkt bedienen - nur müssen die Arbeitssuchenden die weitaus schlechteren Stellenangebote akzeptieren. Diese Entwicklung ist absehbar und skandalös. Unter den Augen einer öffentlichen Einrichtung - indirekt sogar gefördert - werden frühkapitalistische Marktmechanismen aktiviert.

Beim Regionalen Einkaufszentrum der Agentur für Arbeit in Düsseldorf heißt es auf entsprechende Anfragen von Journalisten, die Qualität der Anbieter werde nach einer gewissen Zeit überprüft. Man darf gespannt sein. Außerdem: Wer fährt schon das Auto gegen die Wand und korrigiert danach erst die Lenkung? Andersrum wäre es klüger.

Auch das AWO-Tochterunternehmen **dobeq** - Träger für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen - ist Leidtragende der Entwicklung. Trotz hervorragender Ergebnisse war sie bei der Vergabe einer Maßnahme der außerbetrieblichen Ausbildung mit 59 Ausbildungsplätzen nicht erfolgreich. Elf Mitarbeiter sind betroffen.

Noch können sie innerhalb des Unternehmens andere Aufgaben übernehmen. Setzt sich der Trend fort,



Jugendliche Arbeitssuchende sind die eigentlich Leidtragenden der Entwicklung auf dem Sektor der beruflichen Bildung. Es ist zu befürchten, dass die Qualität der Ausbildung sinkt.

kommt die dobeq nicht an betriebsbedingten Kündigungen vorbei.

Natürlich geht das alles letztlich auf Kosten der Mitarbeiter und vor allem der Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen, die in den ausgeschriebenen Maßnahmen die Chance für einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt erhalten. Wenn erst mal ein hier unbekannter Bildungsträger aus Ostwestfalen mit schlecht bezahlten Hilfskräften diese Aufgabe übernimmt, sinken diese Chancen. Erfolgreich können die Bildungsträger nur

sein, wenn sie lokal verankert sind und die örtlichen Strukturen genau kennen. Bei der dobeq und der AWO klappt das außerordentlich gut, man muss nur diese Zeitung durchblättern, um Belege für die Erfolge zu finden.

Eigentlich liegt der Skandal in einer unterschwelligen Werteverchiebung. Bildung ist ein hehres Gut, das niemand antasten will. Nur bei denen, die benachteiligt sind, gilt das nicht. Da muss es schön billig sein.

**Karl-Martin Flüter, AWO Profil**

Die Realisierung der Hartz-Gesetze hat unter einer überbordenden Bürokratie, zu hohen Ansprüchen und dem Zeitdruck gelitten. Das meint Dr. Matthias Knuth, wissenschaftlicher Geschäftsführer beim Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen.

Die ohnehin schon „verwässerten“ Hartz-Gesetze hätten darunter gelitten, dass die Organisationsreform der Agentur für Arbeit und die Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) zeitgleich stattfanden. Das ALG II beschäftigte die Mitarbeiter in den Agenturen für Arbeit monatelang. Die Energie, die darauf verwendet wurde, fehlte bei anderen Aufgaben - etwa bei dem Versuch, die Prinzipien des „Fördern und Forderns“ angemessen umzusetzen.

Knuth geht davon aus, dass in diesem Jahr große finanzielle Mittel für die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen nicht verwendet werden können: „Die Organisatoren sind schlicht nicht in der Lage, das Geld sinnvoll auszugeben.“

Eine neue Bundesregierung könnte die gerade entstandene Organisationsstruktur erneut umgestalten. Die gerade entstandenen Arbeitsgemeinschaften von örtlichen Agenturen für Arbeit und den Kommunen („ARGE“) würden aufgelöst und die Kommunen die alleinige Verantwortung übernehmen. Damit wäre ein neues Verwaltungschaos mit den entsprechenden Folgen vorprogrammiert.

AWO-Profil 3105

# Preiskampf bringt nur Verlierer

Andreas Koch, Vorstandsmitglied der ISB, über die Ausschreibungspolitik der Bundesagentur für Arbeit.

**Die Interessengemeinschaft sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen (ISB) ist ein Netzwerk von 16 Trägern. Seit 2002 arbeitet die Trägerkooperation als eingetragener Verein in und für Dortmund. Andreas Koch von der GrünBau GmbH ist Vorstandsmitglied. Wir sprachen mit ihm über Dumpingangebote bei den Ausschreibungen der Agentur für Arbeit.**

**AWO Profil:** Die Arbeitsmarktreformen haben auch den Markt für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche radikal verändert. Wie ist es den Dortmund-Trägern ergangen?



ISB-Geschäftsführer Andreas Koch: „Wir stehen unter Druck.“

**Andreas Koch:** Wir haben zwei unruhige Jahre hinter uns. Es gab bundesweit eine Verschiebung zu vorübergehend preiswerten Maßnahmen, hin zu Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) und weg von geförder-

ten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die fast auf Null zurückgefahren wurden. Zur Zeit verfügt die ARGE JobCenter in Dortmund zwar über ausreichende Mittel, um viele Maßnahmen durchführen zu können - auch wieder einig mit Sozialversicherungspflicht - aber im nächsten Jahr sieht es finanziell schon schlechter aus. Vor allem aber können wir uns kaum wehren gegen die Dumpingangebote überregionaler Anbieter, die zunehmend auf den Markt drängen.

**AWO Profil:** Das ist ein Ergebnis der neuen Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit, die eigentlich den Wettbewerb unter den Anbietern fördern sollte.

**Andreas Koch:** Dagegen lässt sich eigentlich nichts sagen. Aber der Wettbewerb muss unter fairen Regeln ablaufen. Alle Mitbewerber sollten mit gleichen Ausgangspositionen in die Ausschreibungen gehen können. Das ist aus unserer Sicht nicht der Fall. Viele der überregionalen Träger, die da jetzt auf den Markt drängen, halten sich nicht an die ortsüblichen und tariflichen Entlohnungen für das Fachpersonal. Sie unterlaufen Standards. Sie bewerben sich bundesweit und wissen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht, wo sie überhaupt ihre Werkstätten ansiedeln sollen. Wir vom ISB befürchten, dass durch diese Praxis die Qualität der Maßnahmen beeinträchtigt wird. Man kann vermuten, dass nicht nur an Lohnkosten, sondern auch an Unterrichtsmaterialien und bei der Ausstattung der Räume gespart wird.

**AWO Profil:** Was müsste man ändern, um eine Gleichheit der Bewerber wieder herzustellen?

**Andreas Koch:** Wir fordern, dass man sich nicht hauptsächlich am Preis orientieren soll. Qualitätskriterien müssen eine gleichwertige Rolle spielen. Bei vielen Maßnahmen für Jugendliche ist es z.B. unverzichtbar, dass die Mitarbeiter spezielle sozialräumliche Erfahrungen haben. Wenn ein Träger aus Sachsen kommt, fehlen diese Kontakte.

**AWO Profil:** Sind Arbeitsplätze bedroht?

**Andreas Koch:** Letztlich wird das alles auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Es ist mir schon zu Ohren gekommen, dass Träger Mitarbeiter entlassen mussten, weil sie gegen den billigen Mitbewerber nicht mithalten konnten. Von der Arbeitslosigkeit bedroht, waren diese Mitarbeiter gezwungen, sich zu wesentlich schlechteren Konditionen vom Billiganbieter anstellen zu lassen.

**AWO Profil:** Wie sieht die Zukunft aus?

**Andreas Koch:** Wir stehen unter Druck. Der ist auch noch nicht zu Ende. Aber es gibt auch Dinge, die uns Mut machen. So gibt es eine gute Zusammenarbeit mit der örtlichen Agentur für Arbeit und der ARGE Jobcenter. Wir sind im Beirat des JobCenters vertreten. Die Träger, die im ISB zusammengeschlossen sind, schließen sich zu Bietergemeinschaften zusammen, um den Wettbewerb besser meistern zu können. Die meisten Träger haben diese schwere Zeit auch dank unserer Zusammenarbeit im ISB überstanden.

**AWO Profil:** Alle reden vom Vorrang für die Bildung in Deutschland. Gilt das nicht für den Bereich der beruflichen Bildung?

**Andreas Koch:** Ich würde gerne sehen, was geschehen würde, wenn sich andere Bildungsbereiche so wie wir nur an der finanziellen Effizienz messen lassen müssten. Aber es kommt ja kein Mensch auf die Idee, im Schulsystem Ausschreibungen nach dem Motto zu veranstalten: Unterrichten darf der, der den billigsten Unterricht bietet. Nur in dem Segment der Arbeitslosen, der „Schmuddelecke“, wird oft ohne Bedenken hauptsächlich auf den Preis geguckt. Würde jemand sein Kind in einer Grundschule anmelden, weil sie die billigste ist? Das ist unvorstellbar. Was wir erleben ist eine Verschiebung von fundamentalen Werten unserer Gesellschaft.

Interview: Karl-Martin Flüter

Düsseldorf, Juni 2005

## Ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten!

Nach dreimonatigen Tarifverhandlungen hat es bisher keine Einigung zwischen ver.di NRW und den Arbeitgebern der AWO-Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften des AWO-Bezirks Westliches Westfalen gegeben.

### Unsere Ziele bei den Tarifverhandlungen:

- Ein einheitlicher Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten der AWO in NRW
- Tarifliche Bindung auch für alle Neubeschäftigten, rückwirkend zum 01.04.2004
- Eine zukunftsgerichtete Arbeitsplatzsicherung durch Sonderregelungen

In mehreren Verhandlungsrunden forderten die Arbeitgeber ein **Absenkungspaket** im Volumen von rund **18 %**.

### Ihre Forderungen:

- Abschaffung der betrieblichen Altersversorgung
- Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes
- Einführung eines Niedriglohnes von 7,00 Euro pro Stunde
- Sofortige Rückstufung aller Beschäftigten um zwei Lebensaltersstufen
- Keine weiteren Altersstufensteigerungen
- Streichung der allgemeinen Zulage/des Verheiratenzuschlages
- Neu Eingestellte sollen grundsätzlich nur noch in die Lebensaltersstufe 1 eingestuft werden, keine weiteren Stufensteigerungen mehr



## Das ist mit ver.di nicht machbar!

Wir forderten die Arbeitgeber auf, uns die Bilanzen der einzelnen gGmbH's vorzulegen, damit wir uns ein fundiertes Bild über die wirtschaftliche Lage der Unternehmen machen können.

Bei der Prüfung der Bilanzen mussten wir feststellen, dass aktuell in keiner der vier Gesellschaften eine wirtschaftliche Notlage besteht. Es gibt also keinen Grund für die geforderten drastischen Absenkungen!

Das geforderte Absenkungsvolumen der Arbeitgeberseite ist jedoch wesentlich höher, als dies in begründeten Fällen von Unternehmen besteht, wenn diese in eine wirtschaftliche Notlage geraten und aufgrund dessen insolvenzgefährdet (zahlungsunfähig) sind.

Begründet wurden diese drastischen Absenkungsabsichten der Arbeitgeber mit dem Argument, man müsse konkurrenzfähig am Markt auftreten.

## Für ver.di sind die Kürzungsabsichten der Arbeitgeber unrealistisch und vollkommen überzogen!

Da uns die derzeitige schwierige Marktsituation im Bereich der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften bekannt ist, sind wir bereit, einen **maßvollen Beitrag** aller Beschäftigten zur Zukunftssicherung zu leisten, der jedoch einer **zeitlichen Befristung** unterliegen muss. Es könnte ja auch zwischenzeitlich wieder zu einer Bereinigung der Situation kommen. Als Gegenleistung erwarten wir eine tarifvertragliche Bindung der ArbeitnehmerInnen an den AWO-Übergangstarifvertrag West, der für alle übrigen AWO-ArbeitnehmerInnen in NRW bereits seit 01.04.2004 gültig ist.

**ver.di verhandelt einen zukunftssichernden Tarifvertrag zur Arbeitsplatzsicherung und zur Verteidigung des Gehalts- und Lohnniveaus der ArbeitnehmerInnen.**

**Um eine Lösung zu erzielen, haben wir den Arbeitgebern am 14. Juni 2005 folgendes Angebot unterbreitet:**

***Alle Beschäftigten der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften fallen unter den Geltungsbereich des AWO-Übergangstarifvertrages West mit folgenden Sonderregelungen:***

- 1) 2005 und 2006 wird das Weihnachtsgeld aller Beschäftigten als Rückstellung den Unternehmen zur Verfügung gestellt.
- 2) Für alle Unternehmen wird ein Ausschuss für wirtschaftliche Fragen eingerichtet. Dieser wird von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern zu gleichen Teilen besetzt. Er erhält jeweils im August des Folgejahres die vom Wirtschaftsprüfer attestierten Bilanzen der Unternehmen und entscheidet nach Prüfung über die Höhe und die Verteilung des nachträglich auszuschüttenden Weihnachtsgeldes des Vorjahres.
- 3) Der Ausschuss für wirtschaftliche Fragen wird zusätzlich mit folgenden Rechten ausgestattet:
  - Der Arbeitgeber berichtet dem Ausschuss über geplante Zukunftsinvestitionen.
  - Der Arbeitgeber stellt dem Ausschuss die Bilanzen mit Erläuterungen dar. Hierzu kann der Ausschuss eine Stellungnahme abgeben.
  - Bei nicht nachvollziehbaren Investitionsentscheidungen des Arbeitgebers kann der Ausschuss ein Vetorecht geltend machen und die Verwendung des rückgestellten Weihnachtsgeldes für eventuell sich ergebende bilanzielle Fehlbeträge untersagen.
- 4) Diese Sonderregelungen sind befristet und treten nach Ablauf außer Kraft ohne Nachwirkung.

**Wenn die ArbeitnehmerInnen ihren Beitrag zur Zukunftssicherung der Unternehmen leisten, müssen die Arbeitgeber ihnen auch ein Mitspracherecht bei der Verwendung ihrer Weihnachtsgelder zusichern!**

**Wir wollen einen flächendeckenden Tarifvertrag für alle Beschäftigten der Bobeq, Dobeq, Rebeq und für Bildung und Lernen in Unna!!!!**

**Aber nicht um jeden Preis!!**

## Demo im dobeq-Tarifstreit

Etwa 30 Mitarbeiter der dobeq fanden sich am 24. Februar zu einem Streik von dem AWO StadtZentrum in Dortmund zusammen. Sie forderten, die dobeq solle einem Tarifvertrag zustimmen, der dem neun AWO-Tarifvertrag gleichkommt. Die Gewerkschaft **ver.di** hatte zu der Demonstration aufgerufen. (siehe auch Seite 1)



Foto: Alex Völkel, WR

Dortmund AWO Profil Nr. 20 1/2005

# Für sichere Arbeitsplätze bei der dobeq

Das AWO-Tochterunternehmen dobeq hat seit ihrer Gründung im Jahre 1998 eine ungewöhnliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Sie hat sich im regionalen Markt trotz eines scharfen Wettbewerbs hervorragend positioniert und sich auch überregional einen guten Ruf als leistungsfähiger Bildungs- und Be-

schäftigungsträger erarbeitet. Die Stammebelegschaft wurde innerhalb der kurzen Zeit des Bestehens fast verdoppelt und beträgt zur Zeit fast 100 Mitarbeiter. Die dobeq hat in den zurückliegenden Jahren schwarze Zahlen geschrieben. Soweit in Kürze die guten Nachrichten!

Um sich zu behaupten, muss die dobeq sich ständig bei öffentlichen Ausschreibungen der **Agentur für Arbeit** nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) bewerben. Durch dieses Vergaberecht ist ein teilweise ruinöser Preiswettbewerb in Gang gesetzt worden. Viele Insolvenzen und damit verbundener massiver Arbeitsplatzabbau belegen diese Entwicklung.

Diese Rahmenbedingungen haben schon bei örtlichen Trägern zu akuten Notlagen geführt. Vor diesem Hintergrund wurden mit den zuständigen Gewerkschaften Absenkungstarifverträge bis zu 20 Prozent geschlossen. Auch die dobeq hat deshalb den bestehenden Tarifvertrag gekündigt.

In dieser Situation fordert die Gewerkschaft **ver.di** die Anwendung des AWO-Tarifvertrages auf die dobeq. Damit könnte sich die Gewerkschaft nicht widersprüchlicher verhalten. Einerseits werden Absenkungstarif-

verträge mit regionalen Konkurrenten geschlossen; aber vor dem Stadt-Zentrum der AWO wird demonstriert. Anderen werden erhebliche Wettbewerbsvorteile eingeräumt, die mit-

**Aus unserer Verantwortung heraus können wir nicht tatenlos bei der Vernichtung von qualifizierten Arbeitsplätzen in unserer gebeutelten Region zusehen. Wir wollen nicht offenen Auges auf eine Notlage warten, die immer auch den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet.**

telfristig viele Arbeitsplätze bei der dobeq gefährden könnten. Es muss die Frage erlaubt sein, ob an der dobeq ein Exempel statuiert werden soll.

Die Geschäftsführung von **AWO-Unterbezirk** und dobeq haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Der Vorstand des Unterbezirks steht fest zur dobeq! Die Investition von 1,4 Millionen Euro in ein neues

Bildungszentrum in der Dortmunder Nordstadt ist dafür ein deutliches Signal.

Aus dieser Verantwortung heraus können wir nicht tatenlos bei der Vernichtung von qualifizierten Arbeitsplätzen in unserer gebeutelten Region zusehen. Wir wollen nicht offenen Auges auf eine Notlage warten, die immer auch den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet. Wir wollen auch keine Spirale nach unten in Gang setzen.

Die dobeq will mit **ver.di** einen Tarifvertrag aushandeln, der Zukunft und Beschäftigung sichert. Dies bedeutet einerseits die Absenkung der vorhandenen Lohnsumme und andererseits die Einführung von leistungs- und ergebnisabhängigen Entgeltbestandteilen.

## Heinz Feuerborn

Geschäftsführer der dobeq GmbH

## Andreas Gora

Geschäftsführer des

AWO-Unterbezirks Dortmund

## An alle Beschäftigten der dobeq

### Darstellung der tarifvertraglichen Grundlagen bei der Werkstatt Unna

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem auf unserer Aktion am 24.02. 2005 vor dem AWO UB durch die Arbeitgeberseite Flugblätter verteilt wurden, in denen zu lesen war, das ver.di mit einem Mitkonkurrenten Tarifverträge abschließt, die im Niveau 20 % unterhalb der Bedingungen bei der dobeq liegen, haben wir uns nunmehr schlau gemacht.

Also:

ver.di hat mit der Werkstatt Unna e.V. einen **befristeten Notlagentarifvertrag** zur **Abwendung einer drohenden Insolvenz** abgeschlossen. Laufzeit dieses Tarifvertrages ist ein Jahr.

Während dieser Laufzeit verzichten die Beschäftigten auf ihr Weihnachtsgeld und alle, die in **der Lohn-/Gehaltsgruppe 5 b** oder höher eingruppiert sind, erhalten in diesem Jahr kein Urlaubsgeld.

Aber: An einer Beispielrechnung lässt sich deutlich machen, dass die Alt-Beschäftigten der Werkstatt Unna trotz einer Absenkung ihres Tarifgehaltes (um gut 7 %!) im Monat mehr verdienen als bei der dobeq:

Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass bei der Werkstatt Unna die Vergütung BAT/Gemeinden gezahlt wird, die oberhalb des AWO Tarifs liegt (dieser orientiert sich an der Vergütung BAT Bund/Land)

**Ein Sozialarbeiter (IVb, Stufe 6, ledig) erhält bei der dobeq ein Monatsbruttogehalt in Höhe von 2567,78 € bei der bei Werkstatt Unna jedoch (ca.) 2601,50 €.**

Zudem erhalten alle Beschäftigten zwei AZV-Tage.

Alle ab dem 01.01.2005 neueingestellten Beschäftigten der Werkstatt **Unna** erhalten aber nur noch den Ledigenzuschlag, der Verheirateten- und Kinderzuschlag entfällt.

Einen weiteren Einschnitt gibt es dadurch, dass die Altersstufensteigerungen für ein Jahr ausgesetzt werden; aber dass ist im Übergangs-TV der AWO auch vereinbart worden.

Und last but not least **wurde vereinbart, dass** die Werkstatt Unna ohne Zustimmung von ver.di niemanden kündigen **darf**.

So und nicht anders sieht es aus: Und noch einmal: Der Tarifvertrag, den ver.di mit der Werkstatt Unna abgeschlossen hat, dient der Abwendung einer drohenden Insolvenz! Wenn ver.di in solchen Situationen nicht einlenken würde und **keine** Tarif-Absenkungen zulassen würde, würden wir Arbeitsplätze wesentlich gefährden. Und das kann und wird niemals Ziel einer Gewerkschaft sein.

Allerdings bleibt so ein Schritt immer abzuwägen: Eine Absenkung des Tarifniveaus ist kein Allheilmittel und muss immer genauestens unter die Lupe genommen **werden**.

**Übrigens bieten wir der dobeq schon seit September 2004 Verhandlungen zu einer tariflichen Sonderregelung an. Auf Tarif-Absenkungen lassen wir uns aber nur ein, wenn der Arbeitgeber uns seine wirtschaftliche Situation darlegt. Leider war die dobeq bis heute nicht dazu bereit!**

Ich hoffe, mit diesen Informationen ein wenig Licht in's Dunkle gebracht zu haben.

# **Die AWO will einen Tarifvertrag für dobeq-Beschäftigte!**

Für die Beschäftigten der AWO wurde endlich wieder ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft der AWO in Dortmund kann diesen Abschluß leider nicht übernehmen, da ver.di und andere Gewerkschaften Absenkungstarifverträgen bis zu 20 % bei direkten Mitbewerbern zugestimmt haben.

Damit werden Arbeitsplätze bei der dobeq bewußt gefährdet.

## **Das wollen wir nicht länger hinnehmen!**

## **Die dobeq braucht keinen Notlagentarifvertrag, sondern einen Tarifvertrag, der die Notlage verhindert!**

## **Für Zukunft und Arbeitsplätze bei der dobeq!**

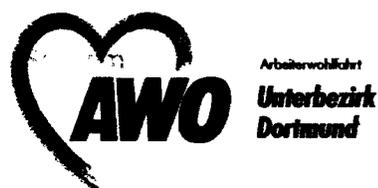
Nachsatz:

Selbst ohne Tarifvertrag stellt die dobeq neue MitarbeiterInnen zu besseren Bedingungen ein, als ver.di bei anderen Trägern in Haustarifverträgen zugelassen hat !

dobeq schafft Arbeitsplätze!

In den letzten 5 Jahren wurde die Stammebelegschaft fast verdoppelt!

AWO und dobeq investieren 1,4 Mio. € in ein Bildungszentrum in der Nordstadt!



verdi-Demo: Tarifstreit bei der dobeq

## Streik ist möglich

(CZ) Rund 30 Mitarbeiter der Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq) protestierten gestern vor dem dobeq-Sitz in der Klosterstraße. Die Gewerkschaft verdi hatte dazu aufgerufen.

Im Dezember 2004 weigerte sich die dobeq (eine 100-prozentige Tochter der Arbeiterwohlfahrt), den neuen AWO-Tarifvertrag zu übernehmen. Dies geschah laut Betriebsleiter Rainer Goepfert, weil dobeq-Konkurrenten Verträge mit bis zu 20-prozentiger Lohnabsenkung abgeschlossen hätten: „Wir wollen verhandeln, müssen aber konkurrenzfähig bleiben. Sonst

sind Arbeitsplätze gefährdet.“

Wigbert Heer von verdi signalisierte ebenfalls Verhandlungsbereitschaft: „Aber der Arbeitgeber weigert sich seit September, die Zahlen auf den Tisch zu legen. Wir kennen die wirtschaftliche Situation der dobeq nicht.“

Das was verdi mache, so AWO-Geschäftsführer Andreas Gora, sei ein Versuch, „Klassenkampf zu betreiben. Das können wir nicht mitmachen.“ Heike Kromrey, Gewerkschaftssekretärin für alle AWO-Einrichtungen, warnte die dobeq: „Wenn sich der Arbeitgeber nicht bewegt, werden wir zu weiteren Mitteln greifen.“ Dann sei auch ein Streik möglich.

WR  
25.02.05



Protest: dobeq-Mitarbeiter forderten die Übernahme des AWO-Tarifvertrages. (WR-Bild: Alex Völkel)

## AWO-Tochter unter Druck

Verdi macht Front gegen die AWO-Tochter dobeq: Sie soll den Übergangstarifvertrag anwenden, auf den man sich im Dezember bundesweit geeingt hatte. Ihrem Ärger darüber, dass die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft ihre Neuzugänge seit April 2004 weiterhin 40 Wochenstunden arbeiten lässt und ihnen kein Urlaubs- und nur ein gekürztes Weihnachtsgeld zahlt, machten 30 Beschäftigte gestern vor dem AWO-Unterbezirk an der Klosterstraße Luft. Die AWO wehrte sich. Bei Mitbewerbern habe Verdi Tarifabsenkungen bis zu 20 Prozent zugestimmt.



Protest: Die dobeq soll nachweisen, dass sie tatsächlich nur konkurrenzfähig bleibt, wenn sie vom Tarif abweicht. Vossi-Bild

# Die AWO will keinen Tarifvertrag für dobeq-Beschäftigte!

**Aktion am 24.02.2005, um 17.00 Uhr  
vor dem AWO-Unterbezirk Dortmund**

Für die Beschäftigten der AWO wurde endlich wieder ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Dortmunder Beschäftigungs- und Qualifizierungs-GmbH (dobeq), als Tochtergesellschaft der AWO, ist nicht bereit, den AWO-Tarifvertrag für ihre Beschäftigten zu übernehmen.

Der Arbeitgeber zeigt auch keine Bereitschaft mit ver.di Tarifverhandlungen aufzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen, die seit dem 1. Mai 2004 bei der dobeq beschäftigt sind, arbeiten somit weiterhin unter erheblich schlechteren Bedingungen.

**Das wollen wir nicht mehr länger hinnehmen!**

Deshalb werden wir am Donnerstag, den 24.02.2005 vor dem AWO-Unterbezirk Dortmund um 17.00 Uhr demonstrieren.

**Bitte unterstützt die dobeq-Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir treffen uns um 16.45 Uhr vor dem „Fina-Parkhaus“ in der Kuckelke.**

**ver di**



**SIE HABEN EINE NEUE CHANCE:** Im Schuljahr 2003/2004 besuchten 16 Jugendliche das **dobeq-Schulverweigererprojekt**. Es handelte sich ausnahmslos um Schüler und Schülerinnen, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Schule schon längere Zeit nicht mehr besucht hatten. 13 beendeten das Schuljahr erfolgreich. 12 haben zur Zeit eine konkrete Perspektive. Für lediglich eine Schülerin ist der Beratungsprozess noch nicht abgeschlossen. Und auch das ist ein schöner Erfolg: Zwei ehemalige Teilnehmerinnen aus dem Schuljahr 2002/2003 erlangten an der **Hauptschule Eving** den Hauptschulabschluss.

*Ausgabe 108 3/2004*

# dobeq: Marktposition gefestigt

**Die dobeq hat ihre Marktposition gefestigt - dank guter Konzepte und der Bereitschaft, mit anderen Trägern in Dortmund Kooperationen einzugehen.**

Zwei Etagen hat die **dobeq** in dem großen Firmengebäude an der Lindenhorster Straße belegt, in dem auch die AWO-Werkstätten untergebracht sind. In den letzten Wochen war auf der oberen Etage kein Durchkommen mehr. Die Handwerker waren da, zogen neue Wände ein, legten neue Leitungen und strichen alles in den Farben blau und gelb. Die **dobeq** braucht die neuen Büros und Unterrichtsräume dringend, denn Ende September beginnen in dem Bildungsunternehmen gleich mehrere neue Maßnahmen.

Zehn Mitarbeiter hat das Tochterunternehmen des **AWO Unterbezirks** während der Sommerferien eingestellt. Das sah vor einigen Monaten noch ganz anders aus. Noch im Juni hatte die **AWO** dagegen protestiert, dass die Agentur für Arbeit ihre Qualifizierungsmaßnahmen bundesweit ausgeschrieben hatte. Allein die Größe der Lose benachteiligte die **dobeq**. Doch während der Ferien folgte die Überraschung: Bei fast allen Ausschreibungen, an denen sich die **dobeq** beteiligt hatte, fiel ihr das Los zu.

Zwei Bietergemeinschaften, die die **dobeq** eingegangen ist, einmal mit der **RAG Bildung**, die andere mit anderen Trägern beruflicher Bildung im Verbund **ISB**, erhielten den Zuschlag über Maßnahmen der berufsvorbereitenden Bildung - jede mit 126 Ausbildungsplätzen. Außerdem punktete die **dobeq**, wiederum im Verbund mit Partnern, im Equal-Programm. Der Trägerverbund wurde aufgefordert, einen Antrag für den Übergang Schule - Beruf abzugeben. Gleichzeitig startete **STARegio** und die **dobeq** richtete acht Ausbildungsplätze im Beruf Fachlagerist ein (siehe Text unten).

(flü)



Die Handwerker - hier dobeq-Mitarbeiter mit ihrem Baurupp-Leiter **Stefan Püschner** (links) - bestimmten wochenlang das Bild in den **dobeq**-Räumen an der Lindenhorster Straße. Neue Büros und Unterrichtsräume mussten her, weil das Unternehmen den Zuschlag für etliche neue Maßnahmen erhalten und zehn neue Mitarbeiter eingestellt hat.

Foto: Flüter